



## Stenografischer Bericht

– öffentlich –

3. Sitzung – Kulturpolitischer Ausschuss

29. Mai 2019, 14:05 bis 15:35 Uhr

### Anwesend:

Vorsitz: Karin Hartmann (SPD)

### CDU

Sabine Bächle-Scholz  
Ines Claus  
Thomas Hering  
Andreas Hofmeister  
Armin Schwarz  
Frank Steinraths  
Joachim Veyhelmann

### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Silvia Brünnel  
Frank Diefenbach  
Vanessa Gronemann  
Daniel May  
Katrin Schleenbecker

### SPD

Christoph Degen  
Kerstin Geis  
Oliver Ulloth  
Turgut Yüksel

### AfD

Rolf Kahnt  
Heiko Scholz

### Freie Demokraten

Dr. Matthias Büger  
Moritz Promny

### DIE LINKE

Elisabeth Kula

**Fraktionsassistentinnen und -assistenten:**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Marina Zahn  
 SPD: Anja Kornau  
 AfD: Dr. Wolfgang Heinrich  
 Freie Demokraten: Birgit Müller  
 DIE LINKE: Nicole Eggers

**Landesregierung, Rechnungshof, etc.**

Name (bitte in Druckbuchstaben)	Amtsbezeichnung	Ministerium, Behörde
Dr. Kai Rupprecht	RoR	HKM
Margit Schenkens JAUPEL	RDirin Min. Rat	HKM
Held, Birgit	ÖRR	HMdIS
Schulze, Rebecca	RoR	HMdIS
Dr. Georg Nauter	RDirin	HKM
Heide Feines	„MR“in	Stk
Christian Stang		VRM
BREIDERT, MIRKE	Dir. in HRH	HRH
Prof. Dr. R. Alexander Lorz	M	HKM
Dr. Manuel Lösel	StS	HKM

Protokollführung: RDirin Michaela Öftring

**Inhaltsverzeichnis:****Punkt 1:****– zur abschließenden Beratung –****Antrag****Fraktion der SPD, Fraktion der Freien Demokraten, Fraktion DIE LINKE****Anhörung zur Umsetzung des DigitalPakts Schule in Hessen****– Drucks. [20/471](#) –****S. 4****Punkt 2:****Antrag****– zur abschließenden Beratung –****Fraktion der CDU****Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN****Digitalpakt im Kulturpolitischen Ausschuss****– Drucks. [20/706](#) –****S. 4****Punkt 3:****Dringlicher Berichts Antrag****Abg. Manuela Strube (SPD), Christoph Degen (SPD), Kerstin Geis (SPD), Karin Hartmann (SPD), Turgut Yüksel (SPD) und Fraktion****Erfassung der Arbeitszeit von Lehrerinnen und Lehrern an hessischen Schulen****– Drucks. [20/671](#) –****– siehe nicht öffentlicher Teil –****Punkt 4:****Dringlicher Berichts Antrag****Fraktion der Freien Demokraten****bekennnisorientierter islamischer Religionsunterricht und Kooperation mit DITIB Hessen****– Drucks. [20/675](#) –****– siehe nicht öffentlicher Teil –****Punkt 5:****Petition****– siehe nicht öffentlicher Teil –**

Die **Vorsitzende** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

**Punkt 1:**

**– zur abschließenden Beratung –**

**Antrag**

**Fraktion der SPD, Fraktion der Freien Demokraten, Fraktion DIE LINKE  
Anhörung zur Umsetzung des Digitalpakts Schule in Hessen**

**– Drucks. [20/471](#) –**

**Punkt 2:**

**Antrag**

**– zur abschließenden Beratung –**

**Fraktion der CDU**

**Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**Digitalpakt im Kulturpolitischen Ausschuss**

**– Drucks. [20/706](#) –**

Abg. **Christoph Degen:** Ich will mich zunächst für den überfraktionellen Konsens, den wir im Obleutegespräch erzielt hatten, bedanken, dass wir – ich glaube, nach den Sommerferien hatten wir das angedacht – den Kultusminister und die Digitalministerin einladen werden, um hier das Konzept zum Digitalpakt und dessen Umsetzung in Hessen vorzustellen. Das wird mit dem jüngsten Antrag von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN noch einmal wiedergegeben. Das begrüßen wir. Natürlich setzen wir uns zusammen, um das Verfahren noch weiter zu klären. Es ist alles sinnvoll. Ich habe heute eine Meldung gelesen, dass der Minister das nächste Woche vorstellen wird. Der Ausschuss will natürlich gern daran teilhaben und möglichst zeitnah informiert werden.

Das hat aber nichts mit dem zu tun, was der gemeinsame Antrag von SPD, Freie Demokraten und DIE LINKE bezweckt. Hier geht es nämlich nicht darum, dass die Akteure im Schulwesen – Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler, Verbände, etc. – zuhören dürfen, was der Kultusminister und die Digitalministerin vorstellen, sondern hier geht es darum, dass sie selbst artikulieren dürfen, welche Anforderungen sie haben und wie sie möglicherweise die Vorschläge bewerten, die von der Landesregierung kommen. Damit können wir uns ein differenzierteres Bild machen und auch die Akteure, die es am Ende betrifft, einbeziehen. Deswegen sind das zwei Paar Schuhe.

Ich will aber auch etwas zur Genese dieses gemeinsamen Antrags sagen. Frau Vorsitzende, Sie hatten, wenn ich mich recht erinnere, im Obleutegespräch vorgeschlagen, dass auch die beteiligten Verbände bei der Vorstellung des Konzepts ein Rederecht hätten und sich äußern könnten. Das wurde im Obleutegespräch meiner Erinnerung nach von Vertretern der CDU und GRÜNEN abgelehnt. Es ist eigentlich sinnvoll, das zu trennen und eine gesonderte Anhörung durchzuführen, in der nur die Akteure aus dem Schulwesen zu Wort kommen.

Abg. **Daniel May:** Wir haben sowohl am Rande als auch in der letzten Ausschusssitzung die Übereinkunft getroffen, dass wir den Digitalpakt Schule im Ausschuss besprechen wollen und dazu die zuständigen Mitglieder der Landesregierung zu Wort kommen lassen werden. Wir werden aber auch die Fachöffentlichkeit einladen. Das, was Sie jetzt

angesprochen haben – nur Zuhören –, ist unserer Kenntnis nach gar nicht so abschließend besprochen worden.

Wenn Sie sich den Antrag, den wir Ihnen vorgelegt haben, anschauen, sehen Sie, dass wir dort zwei Dinge gemacht haben. Erstens haben wir noch einmal darauf hingewiesen, dass es schon eine Übereinkunft gibt. Zweitens haben wir im letzten Satz vor allem auch gesagt, dass wir das weitere Verfahren gern mit Ihnen – mit den drei Oppositionsfraktionen, die den Antrag gestellt haben – zusammen besprechen und uns eine Verständigung wünschen.

Ich will aber auch sagen, dass das, was Sie jetzt beantragt haben, doch sehr weit darüber hinaus geht. Das geht bis dahin, dass Sie unter Buchstabe j sogar sozusagen „eine Anhörung über eine Anhörung“ machen wollen. Es ist schon etwas ungewöhnlich, dass das Anhörungsergebnis eines anderen Gremiums hier noch einmal zum Gegenstand einer Anhörung wird. Das ist seltsam, und insgesamt ist es schon etwas weitreichend, was Sie vorschlagen. Ich glaube, man sollte noch einmal im Einzelnen schauen, ob das alles tatsächlich so zielführend ist. – Wir meinen nicht. In dem Sinne, dass wir beim letzten Mal gesagt haben: „Wir möchten uns verständigen.“ Diese Verständigung wollen wir noch immer. Daher schlage ich vor, dass wir uns am Rande des Plenums zusammensetzen und diese Verständigung hinbekommen. Sie können nicht von uns erwarten, dass wir einem sehr viel weitreichenderen Anhörungsantrag – der eigentlich schon ein Einsetzungsauftrag für eine neue Enquetekommission ist – heute zustimmen werden.

Deswegen bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag. Somit haben wir die parlamentarische Grundlage dafür, dass sich der Ausschuss damit befassen kann. Die brauchen wir. Es ist richtig: Wir brauchen einen Antrag, damit sich der Ausschuss damit befassen kann – wegen des Selbstbefassungsverbots. Aber an dieser Stelle würde ich doch um Verständnis dafür bitten: Wenn Sie eine weitere Beratung des Ausschusses wollen, müssen Sie auch auf die Mehrheitsfraktionen zugehen. Das hilft bei der Mehrheitsbildung. Daher sagen wir: „Wir sind zur Verständigung sehr gerne bereit.“

Abg. **Elisabeth Kula:** Zunächst einmal: Wenn man sich den Antrag, der jetzt noch reingekommen ist, anschaut, ist es leider nicht so, wie Herr May gerade gesagt hat. Dort geht es nämlich darum, eine Informationssitzung zu machen. Das ist auch das, was ich aus dem Obleutegespräch mitgenommen hatte. Dort geht es darum, dass hier quasi aktuelle Informationen darüber, wie das Kultusministerium und das Digitalministerium den Digitalpakt umsetzen wollen, vorgestellt werden und dass dazu die Fachöffentlichkeit eingeladen wird.

Das ist aber etwas ganz anderes als das, was wir beantragen. Wir finden nämlich, es geht nicht nur darum, die Informationen bereitzustellen, sondern es geht eben auch darum, mit den Fachmenschen darüber zu diskutieren, wie man den Digitalpakt konkret umsetzen kann. Gestern fand eine Pressekonferenz des Gipfelstürmerbündnisses statt, bei der u. a. Lehrgewerkschaften, aber auch Schüler- und Elternvertreter dabei waren, die noch einmal konkrete Vorschläge zur Umsetzung gemacht haben. Deswegen fände ich es auch angebracht, mit den Menschen aus der Praxis darüber zu diskutieren, wie man den Digitalpakt in Hessen am besten implementieren kann – deswegen dieser Antrag.

Selbstverständlich ist er relativ weitgehend, aber ich finde es auch ein bisschen obskur: Letztes Mal haben Sie der Opposition vorgeworfen, sie würde keine konkreten

Vorschläge machen. Jetzt machen wir konkrete Vorschläge, wie wir was diskutieren können, und es ist auch nicht richtig. Das finde ich ein bisschen verrückt.

Selbstverständlich geht es uns hauptsächlich darum, dass wir eine Anhörung zu diesem Thema machen. Wir haben Vorschläge gemacht, was in der Anhörung diskutiert werden könnte, was für uns politisch wichtig ist. Deswegen finde ich es schade, dass pauschal gesagt wird, es sei zu umfangreich, anstatt sich wirklich mit den einzelnen Themen zu beschäftigen.

Abg. **Dr. Matthias Büger:** Ich glaube, wir haben zwei unterschiedliche Vorgänge. Herr May, ich bin immer sehr gern zum Kompromiss und dazu bereit, Ihnen entgegenzukommen. Deswegen werden wir der Informationssitzung bzw. dem sehr kurzfristig eingereichten, aber inhaltlich unproblematischen Antrag selbstverständlich zustimmen.

Es gilt aber genau das, was meine beiden Vorredner – Abg. Degen und Abg. Kula – gesagt haben: Es gibt schlicht einen Unterschied zwischen einer Informationsveranstaltung und einer Anhörung. Das wissen wir alle. Wenn es diesen Unterschied nicht gäbe, hätten Sie auch nicht einen anderen Antrag eingereicht. Der Unterschied ist da. Im Kommunikativen: Das eine ist das Senden, und das andere ist das Empfangen.

Wir halten es natürlich für klug und würden uns freuen, wenn der Minister und die Ministerin das alles im Rahmen der Informationsveranstaltung vorstellten. Das ist sehr in unserem Sinne. Aber wir glauben, ein so wichtiges Projekt wie der Digitalpakt – das auch vom Bund mit Geldern unterlegt ist – ist etwas so Weitgehendes, dass gerade hierzu eine Anhörung wichtig ist, im Sinne von: Was meinen eigentlich Verbände, Schulträger und alle Beteiligten dazu? So etwas einmal zu hören und in unsere Beratungen einzubeziehen, ist wichtig. Ich glaube, der Digitalpakt ist etwas, was unsere Schulen auf eine stärkere Weise prägen wird als viele andere kleinere Änderungen, die wir in den letzten Jahren gehabt haben.

Selbstverständlich würden wir uns gern mit Ihnen über die konkreten Anzuhörenden verständigen. Das würden wir machen, wie wir es immer tun. Wenn Sie noch weitere Fragen hinzufügen wollen, oder wenn es nur daran hängt, über eine einzige Frage zu diskutieren, würde man mit Sicherheit auch einen Konsens finden können. Aber bei dem grundsätzlichen Vorgehen möchten wir auf unserem Punkt bestehen: dass wir selbstverständlich eine Informationsveranstaltung machen und darüber hinaus eine Anhörung zu dem Thema haben.

Abg. **Armin Schwarz:** In der Sache sind wir doch gar nicht auseinander. Kollege May hat eben ausgeführt, wofür es geht. Ich will es noch einmal in Erinnerung rufen. Dieser ausführliche Antrag – von a bis n – lag bei der letzten Ausschusssitzung schon vor und wurde nicht beraten. Bewusst haben wir gesagt: „Lasst uns über eine gute Vorgehensweise sprechen.“ Daraufhin haben wir uns auf diese hier niedergeschriebene Vorgehensweise verständigt. Ich sage sehr bewusst: Da waren wir uns – so habe ich es in Erinnerung – sehr einig. Ich sage sehr bewusst, diese hier skizzierte Vorgehensweise bis hin zu der Abstimmung unter den Obleuten hinsichtlich einer Ausschärfung, wie es konkret weitergeht, schließt eine Anhörung ausdrücklich nicht aus – das zur Klarheit.

Was wir allerdings ausschließen, ist, ein Anhörungsformat von dieser Komplexität. Ansonsten hätten wir dieses Gespräch beim letzten Mal so nicht gesucht und hätten uns auch nicht auf die Vorgehensweise der Vorstellung dessen, worum es geht, im KPA verständigt. Ich schlage noch einmal vor, was Kollege May eben gesagt hat – dass wir uns miteinander abgestimmt haben, versteht sich von selbst –: Lassen Sie uns unseren Vorschlag beschließen. Wir sagen klipp und klar, dass dieser Vorschlag eine öffentliche Anhörung natürlich nicht ausschließt, im Gegenteil, die Idee ist damit hinterlegt. Dann werden wir am Rande der Plenarsitzung einen klugen Weg finden, um dieses wesentliche Thema auch so auf den Weg zu bringen.

Abg. **Christoph Degen:** Ich will das noch einmal richtigstellen: Dieser Antrag wurde erst vom letzten Plenum überwiesen. Er lag hier noch nicht vor. Im Gegenteil, er ist deshalb entstanden, weil es in der Vergangenheit – Herr Schwarz, da war ich nun wirklich dabei – von Ihnen und von Herrn May ausdrücklich abgelehnt wurde, dass in der geplanten Veranstaltung die Gäste, die nicht dem Haus angehören, ein Rederecht haben. Ausdrücklich wurde das von Ihnen abgelehnt!

(Abg. Daniel May: Da haben wir uns missverstanden!)

Ich will deutlich machen: Wir beharren – ich habe mich mit den antragstellenden Fraktionen abgesprochen – nicht auf dem Katalog a bis n. Wenn Sie das stört, können wir es so machen, dass wir den Antrag zur Anhörung grundsätzlich beschließen. Damit ist sichergestellt, dass es eine Veranstaltung – ob die gleiche oder eine separate, in der wir die Beteiligten zu Wort kommen lassen – geben wird. Über das weitere Verfahren, wie man die Fragen stellt, kann man dann noch befinden.

**Vorsitzende:** Vielen Dank, Herr Degen. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Könnten wir so verfahren, dass wir, wenn wir beiden Anträgen zustimmen – –

Abg. **Christoph Degen:** Ich möchte noch einmal erklären: Der Antrag besteht aus dem ersten und dem zweiten Absatz bis „betrachtet werden“ – Punkt. Der Rest ab „und dabei“ ist gestrichen. Es dürfte nichts dagegen sprechen – wenn ich die Kollegen richtig verstanden habe –, dem zuzustimmen.

Abg. **Rolf Kahnt:** Uns wird das nicht ganz klar. Herr Degen, vielleicht sollten Sie noch einmal konkretisieren, was Sie damit tatsächlich meinen. Aber noch einmal zurück: Selbstverständlich – wir haben es auch so verstanden, wie es Herr Schwarz und Herr May hier vorgetragen haben – impliziert eine Anhörung automatisch, dass wir alle Leute anhören, d. h. von einem Ausschluss ist nie gesprochen worden. Das ist ein bisschen unverständlich. Deswegen meine Bitte, dass Sie noch einmal einen Blick auf Ihren Antrag werfen und sagen, was eigentlich genau gestrichen werden soll, damit Klarheit existiert, über welchen Antrag wir hier eigentlich entscheiden sollen. – Danke.

Abg. **Elisabeth Kula:** Ganz kurz zur Erklärung; es geht darum: Wir haben den Antrag gestellt, eine Anhörung durchzuführen. Daraufhin haben die Regierungsfaktionen einen Antrag über eine Informationssitzung gestellt, wie wir es im Obleutegespräch besprochen hatten. Wir hatten besprochen, dass wir so etwas durchführen möchten.

Eine Anhörung ist etwas anderes. In der Anhörung geht es darum, dass Menschen aus der Fachpraxis zu den Fragen, die wir hier aufgelistet haben, angehört werden.

Jetzt war unser Kompromiss, dass wir die konkreten Fragestellungen, die wir in der Anhörung dann sowieso behandeln können, nicht mehr explizit aufführen – das war scheinbar das Problem von Herrn Schwarz und Herrn May –, sondern dass wir einfach beschließen, eine Anhörung zu machen, nicht nur eine Informationsveranstaltung.

Abg. **Armin Schwarz:** Wenn ich Kollegen Degen richtig verstanden habe, wird der Antrag jetzt reduziert. Der Antrag von SPD, Freie Demokraten und DIE LINKE reduziert sich jetzt auf Absatz eins, beginnend mit „Der Hessische Landtag führt noch in diesem Jahr“ bis hin zu „unter Beteiligung weiterer Fachausschüsse umgesetzt werden“, und auf Absatz zwei: „Im Rahmen der Anhörung sollen die Chancen, Potenziale, Herausforderungen und Rahmenbedingungen der Digitalisierung, der Einsatz neuer digitaler Medien sowie Medienbildung und Medienkompetenz von Schülerinnen und Schülern, aber auch Lehrkräften aller Schultypen betrachtet werden“. Der Rest ist damit gestrichen.

**Vorsitzende:** Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Ich lasse zunächst über den Antrag der SPD, der Freien Demokraten und der LINKEN abstimmen in der jetzt vorgestellten Form – ohne Unterpunkte.

Dann würde ich auch darum bitten, dass wir einen Termin vereinbaren, bis wann die Fraktionen die Anzuhörenden benennen.

Abg. **Christoph Degen:** Frau Vorsitzende, ich möchte vorschlagen, dass wir am Rande des nächsten Plenums eine gemeinsame Runde der Obleute – und mit Ihnen, Frau Vorsitzende – machen, um diese Punkte und auch mögliche andere zu klären.

Abg. **Armin Schwarz:** Wenn wir jetzt über unseren Antrag abstimmen würden, hätten wir das schon beschlossen gehabt. Dann hatten wir bereits bilateral gesagt, dass wir uns am Rande des nächsten Plenums zusammensetzen.

**Vorsitzende:** Okay.

Im Folgenden fasst der Ausschuss die unten stehenden Beschlüsse:



**Beschluss zu TOP 1:**

KPA 20/3 – 29.05.2019

Der Kulturpolitische Ausschuss nimmt den Antrag in abschließender Beratung mit folgender Änderung an:

Im zweiten Absatz des Antrags werden die Worte „ ... und dabei insbesondere Fragen zu folgenden Themenkomplexen beantwortet werden:“ sowie die Buchstaben klein a bis klein n gestrichen.

(SPD, Freie Demokraten, LINKE und AfD bei Enthaltung CDU, GRÜNE)

**Beschluss zu TOP 2:**

KPA 20/3 – 29.05.2019

Der Kulturpolitische Ausschuss nimmt den Antrag in abschließender Beratung an.

(einstimmig)

(Ende des öffentlichen Teils: 14:35 Uhr – Fortsetzung in nicht öffentlicher Sitzung)